

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 38 (2011)
Heft: 4: Parlamentswahlen 2011

Artikel: Interview : "Zwischen Minderwertigkeitsgefühl und Größenwahn"
Autor: Engel, Barbara / Lettau, Marc / Kohler, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909605>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Zwischen Minderwertigkeitsgefühl und Grössenwahn»

Die Schweiz habe ein ganz grosses Problem: Sie müsse einen Weg finden, dringend nötige Reformen vorzunehmen und dabei ihre Identität nicht zu verlieren, sagt Georg Kohler, Professor für politische Philosophie. Die dominierende Figur in der Schweizer Politik sei und bleibe vorläufig Christoph Blocher. Ihm traue Kohler einiges zu.

Interview Barbara Engel und Marc Lettau

«SCHWEIZER REVUE»: *Der Wahlkampf 2011 werde der teuerste aller Zeiten und viel mehr von Polemik denn von Sachlichkeit geprägt sein, kündigten Politbeobachter schon vor Längerem an. Nun dauert es noch rund drei Monate bis zu den Wahlen. Wie beurteilen Sie den Wahlkampf nun?*

PROFESSOR GEORG KOHLER: Die Befürchtungen bezüglich Polemik und Unsachlichkeit lagen auf der Hand. Bis jetzt finde ich es allerdings noch nicht allzu schlimm. Klar ist aber, dass sich in der Art, wie Politik vermittelt und kommuniziert wird, vieles verändert hat. Die klassische politische Kultur der Schweiz steht aus meiner Sicht in Frage.

Was sind die Auslöser dafür?

Das Geld spielt dabei eine grosse Rolle, auch wenn dies immer bestritten wird. Wenn die Kräfteverhältnisse knapp sind, wenn es nahe bei 50 zu 50 steht, dann ist entscheidend, ob man ein oder zwei Prozent der Stimmen auf seine Seite ziehen kann. Und dies geschieht weniger durch Argumentation als durch Mobilisierung. Um zu mobilisieren, braucht man Geld, und das Geld ist zurzeit in der Schweizer Politik sehr asymmetrisch verteilt. Auf der nationalkonservativen Seite gibt es Leute, die bereit sind, ihre Milliarden, und es sind Milliarden, für die Aufmerksamkeitsbearbeitung und ihre Ziele einzusetzen.

Sie sprechen von Aufmerksamkeitsbearbeitung. Ein Ereignis, Fukushima, hat sehr viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Beeinflusst Fukushima den Wahlkampf, oder ist der Effekt nur ein kurzfristiger?

Ich gehe davon aus, dass Fukushima einen gewissen Einfluss auf die Wahlen im Herbst haben wird. Damit sind wir allerdings schon beim Kaffeesatzlesen. Was mir klar scheint,

ist, dass die sogenannte grün-liberale Bewegung ein längerfristiger Trend ist. Diese Bewegung – in den Grundzügen bürgerlich und marktfreundlich, aber mit einem gewissen Gefühl für die Begrenztheit der Ressourcen und mit Sensibilität für das Gemeinwohl – «profitiert» nun von Fukushima. Anders die nationalkonservative Seite, die klar auf Atomkraft setzt: Sie hat durch Fukushima schon einen Dämpfer erhalten.

Laut den letzten Umfragen hat das, was Sie einen Dämpfer nennen, bisher nur minimalen Einfluss auf die Wählergunst.

Das stimmt, aber man darf nicht vergessen, dass die Nationalkonservativen zwar bei einigen Sachabstimmungen auf über 50 Prozent Zustimmung gekommen sind, bei Wahlen auf über 30 Prozent zu kommen, ist allerdings sehr schwierig. Tatsache ist: Wer zurzeit nicht für die Nationalkonservativen, also für SVP, stimmt, ist gegen sie. Das heisst auch, dass die gegenwärtig sehr aufgesplitterte Mitte immerhin eines gemeinsam hat, sie hat einen gemeinsamen Gegner. Wer behauptet, die nationalkonservative Linie habe beim Volk eine Mehrheit, liegt falsch. Das trifft nur punktuell zu. Ich sehe andererseits, dass sich die Abneigung derer, die nicht SVP wählen, zusehends verschärft.

Sie haben die gesplittete Mitte angesprochen. Was ist von den Mitteparteien zu erwarten?

In der Mitte herrscht zwar ein Gedränge, aber nicht, weil von rechts oder von links in die Mitte gedrängt wird, sondern weil neue Bewegungen, neue Parteien entstanden sind. Zu den traditionellen Mitteparteien gibt es Verschiedenes zu sagen: Bei der CVP, die letztendlich durch die religiöse Herkunft zusammengehalten wurde, sind, wenn man die alte Wählerbasis anschaut, starke zentrifu-

gale Kräfte vorhanden mit der Aufspaltung in eine urbane, christlich-soziale und eine traditionelle, ländliche Linie. Die FDP ist eine Partei, die sich seit 30 Jahren im Abstieg befindet. Sie hat nun mit den Grünliberalen eine starke Konkurrenz erhalten. Hier kommt die Abneigung gegen diese Altherrenpartei deutlich zum Ausdruck. Parallel dazu sehe ich die Entwicklung der BDP. Sie ist ja eigentlich die Abspaltung der gemässigten Kräfte in der SVP. Typisch ist, dass die BDP in den traditionellen Bastionen der SVP entstanden ist, in Bern, Graubünden und teils in Glarus.

Die Wählerinnen und Wähler möchten Antworten auf die Frage, wie die politische Zukunft der Schweiz aussieht, doch die Mitteparteien haben unklare Konturen und geben keine Antworten.

Die entscheidende Frage lautet doch: Wie bewahrt man die schweizerische Identität und führt gleichzeitig Anpassungen durch, die sehr vieles, was man den helvetischen Basiskonsens nennen könnte, in Frage stellen? Die Antwort darauf ist keine einfache. Rückblickend betrachtet hat die Schweiz zwischen 1950 und 1990 hervorragend funktioniert. Während des Kalten Kriegs also, als wir offiziell neutral waren, aber natürlich durch die Nato geschützt wurden. Mit dieser Politik der systematischen Schizophrenie waren wir höchst erfolgreich.

Hat seither keine politische Partei einen neuen Weg aufgezeigt?

Es ist offensichtlich und vielen klar, dass ein grosser Teil der Probleme zunehmend nicht mehr national, sondern supranational ist und auch auf dieser Ebene gelöst werden muss. Ein gutes Beispiel dafür ist die Schweizer Armee: Es gibt sie zwar noch, aber sie taugt, so wie sie heute ist, nichts mehr. Sie müsste dringend in einen Verbund gehen, weil die Gegenmächte zu gross geworden sind. Die erfolgreiche Schizophrenie zwischen der Darstellung – der kleine,



GEORG KOHLER

hat in Zürich und in Basel Philosophie und Jurisprudenz studiert. Von 1994 bis 2011 war er Ordinarius für Philosophie an der Universität Zürich. Seither ist er als Gastprofessor an der Technischen Universität Dresden tätig. Sein besonderes Forschungsgebiet ist die politische Philosophie. Kohler lebte zwischen 1981 und 1991 in Wien und von 1992 bis 1994 in München. Er hat zahlreiche Bücher publiziert, u. a. «Scheitert die Schweiz? Eine szenische Befragung» (1998), «Über das Böse, das Glück und andere Rätsel. Zur Kunst des Philosophierens» (2005), «Bürgertugend und Willensnation. Über den Gemeinsinn und die Schweiz» (2010)

autonome, fast schon autarke Staat Schweiz – und der Realität, dass wir völlig in den internationalen Kontext integriert sind, funktionierte bis 1990 «im Schutze» des Kalten Kriegs. Danach ist der Widerspruch aufgebrochen. Nun gibt es ein Bedürfnis nach Orientierung und Identität. Die Parteien hätten die Aufgabe, etwas Neues zu finden und zu erklären. Keine von ihnen ist da erfolgreich. Und von Christoph Blocher und seiner SVP wird ständig das Selbstverständnis der Schweiz von zwischen 1950 und 1990 beschworen. Es hat mit der politischen Realität zwar nichts mehr zu tun, aber es gefällt vielen Leuten und beruhigt sie. Und nun, da die EU in Schwierigkeiten ist, kann man erst recht behaupten, wir befänden uns auf der richtigen Schiene.

Das Geld ist zurzeit in der Schweizer Politik sehr asymmetrisch verteilt.

Im Wahlkampf wird von der SVP das Bild einer von aussen stark bedrohten Schweiz gezeichnet. Wo sehen Sie die grösste Bedrohung oder Gefahr für die Schweiz?

Die Schweiz ist primär mal bedroht durch ihre Unfähigkeit, sich zu reformieren. Allerdings zeigt ein Blick zurück, die Schweiz hat es in der Vergangenheit immer wieder geschafft, sich rechtzeitig zu reformieren oder anzupassen. Wenn ich den Seelenzustand der Schweiz definieren sollte, würde ich sagen, sie pendelt zwischen Minderwertigkeitsgefühl und Grössenwahn. Wir müssen auch sehen, dass unser Zusammengehörigkeitsgefühl vor allem daraus besteht, dass wir anderswo nicht dazugehören wollen: nicht zu Deutschland, nicht zu Österreich, nicht zu

Frankreich oder Italien. Und dies ist eine relativ prekäre bindende Kraft. Was man allerdings nie vergessen darf, das Land wird zusammengehalten durch das berechtigte Bewusstsein, eine wirkliche Demokratie zu sein. Daneben manifestiert sich in gewissen Kreisen leider auch die Schadenfreude, wenn es den anderen schlecht geht. Das kann man dann zuspitzen: Die anderen sind gefährlich und wollen nur unser Geld, weil sie selber so in der Scheisse sitzen.

Und welche Auswirkungen hat dieser Seelenzustand zwischen Minderwertigkeitsgefühl und Grössenwahn auf die kommenden Wahlen?

Ich glaube nicht, dass es eine gewaltige Änderung geben wird und sich die Schweizer Politik ganz neu ausrichtet. Aber es gibt bedrohliche Brüche im System: Es gibt die gesellschaftlichen Spannungen, die aus der

Polarisierungsstrategie entstehen – und es gibt nicht nur rechte Polarisierer, es gibt auch linke Nachahmungstäter. Dann ist diese Mitte, die sich noch nicht gefunden und organisiert hat. Die gegenwärtige Taktik der Übertreibung im Kampf um Stimmen könnte schon Spaltungen und Risse hervorrufen, die längerfristig das Konkordanzgefüge gefährden.

Sie halten es also für möglich, dass nach den Wahlen das System der Konkordanzregierung gesprengt wird und wir eine Koalitionsregierung und eine Opposition haben?

Ich halte es für möglich, dass es nach den Wahlen mit der Konkordanz vorerst mal vorbei ist, und dass wir ab 2012 eine Mitte-rechts- oder eine Mitte-links-Koalition und eine Opposition haben. Aber das wird nicht gut gehen.

Denn die Grundstrukturen der Schweiz mit den politischen Institutionen und den Volksrechten könnten zu einer gefährlichen Blockade führen. Aber man lernt manchmal nur, indem man einen Blödsinn macht. Ich brauche dafür jeweils den Ausdruck der Lernkatastrophe.

Wie gross schätzen Sie die Möglichkeit ein, dass es so weit kommt?

Sollte die SVP klar über 30 Prozent der Stimmen machen, ist die Chance recht gross. Dann wird die entscheidende Frage möglicherweise eine personelle sein: Was geschieht mit der BDP-Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf? Je nach Entscheid des Parlaments würde dann die SP oder die SVP aus dem Bundesrat austreten. Und dann haben wir das Geschenk.

Die Mitte, die vernünftigen Kräfte, wie sie sich selber gerne darstellen, würde also kaum mehr Bedeutung haben?

Wir sind nicht in einer Phase der klaren Verhältnisse oder klar wechselnder Verhältnisse. Wir befinden uns in einer Zone mit heftigen Turbulenzen und Strömungen. Dabei scheint mir, dass bei all den unterschiedlichen Kräften ein Trend oder eine Erkenntnis klar zunimmt: Man sieht ein, dass eine Politik der ungebremsten Ausbeutung der natürlichen Ressourcen uns in Schwierigkeiten führt. Zudem wächst die

Einsicht, dass wir mit dem Finanzsystem, das immer mehr Geld aus dem Nichts kreiert, nicht weiterfahren können. Letztendlich glaube ich an die Vernunft der Menschen und daran, dass wir lernende Wesen sind. Die Frage ist, ob wir schnell genug reagieren.

Sie haben es schon gesagt, allein kann die Schweiz kaum etwas erreichen. Wie sehen Sie längerfristig die Beziehung der Schweiz zu der EU?

Ich möchte da etwas vorausschicken: Sollte die EU, die zurzeit ja grössere Probleme hat, auseinanderbrechen, würde dies

auch der Schweiz grosse Probleme bringen. Wir blieben davon nicht unberührt. Bleibt die EU bestehen, und davon gehe ich aus, ist auch klar, dass die Position der Schweiz schwächer wird. Das können wir bereits beobachten.

Vorwürfe und Kritik an die Adresse der EU, wie sie unsere Aussenministerin, Micheline Calmy-Rey, kürzlich formuliert hat, finde ich völlig fehl am Platz. Wenn wir ganz rational überlegen, wird klar, die EU braucht gegenüber der Schweiz keine «Folterwerkzeuge». Es genügt, wenn Brüssel nichts macht. Denn im Grunde ist es so, dass wir mehr von der EU wollen als umgekehrt. Bildlich gesprochen, kann sich der Elefant EU einfach aufs Bilateralismus-Gässchen legen, und dann haben wir das Problem.

Mit einer Koalitionsregierung und einer Opposition, wie Sie es beschrieben haben, würden wir zwangsläufig in diese Situation hineinrutschen?

Ich kann mir auch vorstellen, dass der grosse Realist Christoph Blocher, sollte er im Vordergrund oder aus dem Hintergrund eine Mitte-rechts-Regierung dirigieren, sagen wird: «OK, jetzt machen wir, was nicht zu vermeiden ist.» Das wäre ihm zuzutrauen. Damit sind allerdings die grossen Probleme der Schweiz nicht gelöst. Die Frage der Reformen, verbunden mit gewissen Abstrichen an der direkten Demokratie, bleibt bestehen.

Sie beschreiben Christoph Blocher als die fast alles entscheidende Figur in der Schweizer Politik.

Zu Christoph Blocher kann ich nur sagen,

solange er lebt, wird er die Partei im Griff haben. Das ist klar und das kann noch ein paar Jahre dauern. Wenn er als Leaderfigur wegfällt, ist diese Partei aber sehr schnell halbiert. Die SVP hat alle Vor- und Nachteile einer ganz stark auf einen Führer zentrierten, politischen Bewegung. Die Geschichte zeigt aber auch, dass immer ein Loch entsteht, wenn ein starker politischer Führer, der dieses Charisma hat, verschwindet. Es wird niemanden geben, der Blocher ersetzen kann. Die SVP wird zusammengehalten durch die Figur Blocher und durch sein Geld. Aber, das möchte ich betonen: Blocher ist ein Demokrat. In den schweizerischen Institutionen gibt es auch keine andere Möglichkeit. In seiner Partei wird es nach seinem Abgang höchstwahrscheinlich auch zu einer Lernkatastrophe kommen. Blocher ist also für seine Partei eine viel grössere Gefahr als für die Schweiz.

Was haben die gegenwärtigen politischen Entwicklungen für Konsequenzen für die Schweizer, die im Ausland leben?

Im Ausland hängen die Schweizer natürlich gerne alten Klischees von ihrer Heimat an. Aber meine Erfahrung ist: Leute, die ins Ausland gehen, sind meist beweglich, interessiert und fähig, neue Zusammenhänge zu erkennen. Es sind also Leute, welche die nötigen Anpassungen der Schweiz unterstützen. Und viele dieser Auslandschweizer leben in europäischen Ländern und wissen also genau, dass diese Länder durch die EU ihre Souveränität nicht verloren haben. Wer sagt, die EU-Staaten seien nur noch Brüsseler Vasallen, der lügt.

In den vergangenen Wochen hat sich der Ton im Wahlkampf verschärft. Besonders aufgefallen ist ein Inserat der SVP mit dem Text «Ivan S. soll weiter vergewaltigen. Das wollen Linke, Nette und ihre Experten». Müssen wir uns an eine solche politische Kultur einfach gewöhnen.

Nein, nein, nein. Dieses Inserat ist bösartig, es stimmt nicht, es ist Volksverhetzung und es ist gefährlich. So darf es nicht weitergehen. Noch ist das aber nicht die Regel, sondern ein Ausrutscher. Sollte solches öfter vorkommen, bin ich der Meinung, dass alle, denen etwas an der politischen Kultur der Schweiz gelegen ist, sich zu Wort melden müssten. Eine solche Verrohung der Sitten sollte nicht schweigend hingenommen werden.